



Ministerium des Auswärtigen

Presse- und Informationsreferat

DARF NICHT VOR DIENSTAG,
DEM 19. SEPTEMBER 2000, 14.00 UHR,
VERÖFFENTLICHT WERDEN.

Änderungen vorbehalten

(Nicht offizielle Übersetzung)

Regierungserklärung, abgegeben vom schwedischen
Ministerpräsidenten Göran Persson am 19. September 2000 vor
dem schwedischen Reichstag

Eure Majestäten,
Eure Königlichen Hoheiten,
Frau Präsidentin,
Mitglieder des schwedischen Reichstags!

Heute wird die erste Sitzungsperiode des neuen Jahrtausends eröffnet.

Das kann in einem Gefühl von Demut und Zukunftsglauben geschehen.

Die Massenarbeitslosigkeit ist unterbrochen. Das Wachstum ist hoch.
Schweden nimmt eine Spitzenposition in der neuen Wirtschaft ein. Wir sind
gut für die Zukunft gerüstet.

Die Voraussetzungen, eine aktive Wirtschaftspolitik zu betreiben, sind besser
als seit vielen Jahren. Zum ersten Mal seit fast einem Jahrzehnt werden die

Beschlüsse der Volksvertreter nicht mehr von der zwingenden Politik des Defizits diktiert. Heute können wir wählen.

Die Politik soll darauf ausgerichtet werden, die Kluft zu überbrücken, die noch die Menschen in unserem Land trennen. Unsere Kraft soll darauf ausgerichtet werden, die Geborgenheit für alle, und damit die Freiheit der Menschen zu erhöhen. Die Kinder sollen in den Mittelpunkt der Politik gestellt werden.

Es ist Zeit für Reformen.

Ausgehend vom Glauben an den Menschen und seine Fähigkeit, sich in Solidarität mit anderen zu entwickeln, wird unsere Vision geformt. Die Wahl steht nicht zwischen Wachstum und Gerechtigkeit. Wir sind überzeugt, dass Entwicklung und Gleichheit einander voraussetzen. Die Entwicklung wird stärker, wenn alle die Möglichkeit erhalten dazu beizutragen und alle an ihren Ergebnissen teilhaben.

In unserer Zeit der Globalisierung schließen sich immer mehr progressive Regierungen dieser Einsicht an. Das schenkt Hoffnung und Optimismus für die Zukunft.

Eine Aufgabe wird diese Sitzungsperiode dominieren. Am 1. Januar 2001 übernimmt Schweden zum ersten Mal den Vorsitz in der Europäischen Union.

Drei Bereiche haben besonderen Vorrang:

Erstens: die Erweiterung der EU ist die Möglichkeit unserer Generation Frieden und Freiheit, Demokratie und Wohlstand in ganz Europa zu sichern. Schweden will die Beitrittsverhandlungen aktiv voran treiben mit dem Ziel,

während der Periode unseres Vorsitzes entscheidende Fortschritte zu erreichen. Die Erweiterung wird unseren Nahbereich mehr als irgendetwas anderes beeinflussen. Die Kombination von etablierten Wohlfahrtsstaaten und jungen, schnell wachsenden Demokratien rund um die Ostsee bieten einzigartige Möglichkeiten zur Entwicklung unseres Teils von Europa.

Zweitens: Vollbeschäftigung ist heute die wichtigste wirtschaftliche und soziale Zielsetzung der EU. Die Arbeitslosigkeit in Europa soll bezwungen werden. Wirtschaftsreformen und mehr soziale Beteiligung sind gleichermaßen gefordert. Der Beschäftigungsgipfel in Stockholm im März 2001 soll den Weg für die fortgesetzte Arbeit angeben. In der Absicht, Europa zu der dynamischsten, wettbewerbsfähigsten und wissensintensivsten Wirtschaft der Welt zu machen, entwickelt man jetzt eine Zusammenarbeit, bei der die nationale Politik der Mitgliedstaaten innerhalb der EU und auf globaler Ebene verglichen wird.

Drittens: Die Umweltfragen werden den schwedischen Vorsitz stark prägen. Die Arbeit der EU zur Verhinderung von Klimaveränderungen nimmt einen hohen Stellenwert ein, das gleiche gilt für die Arbeit, die Gesetzgebung bei den Emissionen von Chemikalien stringenter abzufassen. Der Umweltgipfel in Göteborg im Juni soll eine langfristige Strategie für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung in der EU annehmen.

Nur mit Offenheit und Demokratie kann die EU eine bürgernahe Union werden. Eine Gleichstellungsperspektive soll jegliche Tätigkeit der EU durchdringen. Die Stellung der Verbraucher soll verstärkt werden. Ein Forscherteam soll gebildet werden, um übergreifende Fragen zu studieren und einen Dialog unter den Menschen über die EU der Zukunft zu stimulieren.

Schweden wird die Arbeit fortsetzen, die zivilen und militärischen Fähigkeiten der EU zum Krisenmanagement und zur Konfliktprävention zu entwickeln. Die Zusammenarbeit der EU mit Russland soll gefördert werden.

Besondere Aufmerksamkeit soll der Kernkraftsicherheit und der Umwelt, dem Kampf gegen organisierte Kriminalität und der Situation in Kaliningrad gewidmet werden.

Im Vorfeld und während des schwedischen Vorsitzes wird die Regierung laufende Kontakte mit den Parteien des Reichstags unterhalten. Wir möchten eine enge Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren sehen, die Kenntnisse und Information über die europäische Zusammenarbeit verbreiten können. Der schwedische Vorsitz schenkt uns gleichzeitig eine einzigartige Möglichkeit, das Beste von Schweden vorzuzeigen.

Armut und Tyrannei, Flüchtlingströme, Krieg und Atomwaffen fordern uns heraus, wo auch immer in der Welt wir leben. Diesen Drohungen kann man nur in Zusammenarbeit und Solidarität begegnen. Keine Nation kann sich der Verantwortung entziehen.

Gleichzeitig birgt die Globalisierung große Möglichkeiten zur Verbreitung von Wohlstand und Demokratie für alle. Deshalb war der Millennium-Gipfel der Vereinten Nationen so bedeutungsvoll. Seine Schlussfolgerungen werden der weiteren Reformierung der UNO zu Grunde liegen. Für Schweden, wie auch für die anderen Mitgliedstaaten gilt es jetzt, unseren Verpflichtungen nachzukommen. Das Ziel ist die Freiheit aller Völker und weltweiter Frieden.

Die schwedische Entwicklungshilfe steigt im Takt mit dem stärkeren Wachstum in unserem Land rasch an. Die Regierung strebt danach, das Einprozentziel für Entwicklungshilfe zu erreichen.

Der Handelsminister erhält den Auftrag, eine Arbeitsgruppe zu leiten, die eine gesammelte schwedische Globalisierungspolitik formulieren soll. Schweden wird dafür arbeiten, dass die Verhandlungen der

Welthandelsorganisation WTO wieder aufgenommen werden. Die nordische Zusammenarbeit soll weiterhin reformiert und effektivisiert werden.

Schwedens militärische Bündnisfreiheit mit dem Ziel, dass unser Land im Falle eines Krieges in unserem Nahbereich neutral sein kann, bleibt bestehen. Die schwedische Gesamtverteidigung wird weiterhin reformiert. Unsere Fähigkeit, an internationalen Einsätzen teilzunehmen um Konflikten vorzubeugen oder diese zu lindern und zu lösen, ist zentral. Die Teilnahme Schwedens an der Arbeit der EU in den Bereichen Krisenprävention und Krisenmanagement soll auch als ein Beitrag zur UNO und der globalen Friedensarbeit betrachtet werden.

Die Gleichwertigkeit aller Menschen ist die Grundlage der Demokratie. Aber Demokratie kann niemals als selbstverständlich angesehen werden. Sie muss ständig neu errungen werden, für jede neue Generation. Die Diskussion über die Grundwerte der Demokratie muss stets am Leben erhalten bleiben. Ihre praktische Umsetzung in Form von ideellen Organisationen, Volksbewegungen und lokalen Entwicklungsgruppen, ebenso wie in neuen heranwachsenden Netzwerken, muss befürwortet werden. Die Arbeit, Jugendlichen mehr Einfluss zu gewähren, wird fortgesetzt. Die Schlussfolgerungen der Demokratieuntersuchungskommission werden in einer umfassenden Beratung diskutiert. Der lokalen Demokratieentwicklung soll besondere Unterstützung gewährt werden. Eine integrationspolitische Studie ist in Ausarbeitung.

Der Kampf für den Wert des Menschen - gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit - ist eine der Schicksalsfragen unserer Zeit. Dieser Kampf kann nur durch aktive Handlung und das Engagement von Vielen gewonnen werden. Ein nationaler Aktionsplan wird vorgestellt. Breit gefächerte Einsätze sollen die Kompetenz im Rechtswesen erhöhen. Das Projekt EXIT erhält fortgesetzte Unterstützung.

Stockholms Internationales Forum über den Holocaust soll jährlich weiter geführt werden. Die nächste Konferenz, *Stockholms Forum über Einsicht und Humanismus – im Kampf gegen Intoleranz*, findet am 29.-30. Januar statt. Die Konferenz wird sich mit der konkreten vorbeugenden Arbeit für ein größeres gegenseitiges Verständnis der Menschen im Alltag befassen. Das Ziel ist, die internationale Zusammenarbeit zu konkretisieren und die Kenntnisse und Handlungsbereitschaft der Berufsgruppen zu erhöhen, die oft mit Personen aus antidemokratischen Bewegungen zu tun haben.

Wir haben allen Grund stolz über Schweden zu sein, aber wir geben uns nicht zufrieden.

So lange es keine Geborgenheit für alle gibt, so lange auch nur die geringste Ungerechtigkeit besteht, so lange hat eine sozialdemokratische Regierung einen selbstverständlichen Auftrag.

Krankenpflege, Schule und Fürsorge sollen im ganzen Land eine hohe und gleichwertige Qualität haben. Die Wohlfahrt soll gemeinsam finanziert werden und alle Menschen umfassen. Aber die gemeinsamen Verpflichtungen, die wir heute für die Wohlfahrt auf uns nehmen, dürfen nicht größer sein als dass wir sie auch in schlechteren Zeiten erfüllen können. Deshalb liegen die Ziele für die Wirtschaftspolitik fest. Deshalb wird die Tilgung des Haushaltsdefizits beschleunigt.

Mit steigendem wirtschaftlichem Überschuss ist es nunmehr möglich, Mängel, Ungerechtigkeiten und Kluften zwischen Menschen und Landesteilen kraftvoll anzugreifen.

Die Reformarbeit wird während dieser Sitzungsperiode eingeleitet und während der kommenden Jahre zu Ende geführt werden.

- **Die Kinder sollen an vorderster Stelle stehen.** "Kinder sind das Einzige, was uns wirklich und praktisch mit der Zukunft verbindet." So sagte einst Olof Palme. Die heutigen Bedingungen für Kinder und Jugendliche sind für die Gestaltung der Zukunft Schwedens ausschlaggebend. Eine zukunftsorientierte Politik macht es zwingend erforderlich, die Kinder in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Elternversicherung soll ausgedehnt und flexibler gestaltet werden. Kindergeld, Zulagen für kinderreiche Familien und Ausbildungsbeihilfen werden erhöht. Für die Vorschule und für die Betreuung von Schulkindern wird ein Beitragshöchstsatz eingeführt, die Vorschule wird allen 4- und 5-Jährigen zugänglich gemacht. Kinder von Arbeitslosen und Kinder, deren Eltern wegen der Geburt eines Geschwisterkinds zu Hause sind, haben ein Anrecht auf einen Platz in der Vorschule. Die in den Großstadtreionen eingerichteten Sprachvorschulen werden weiter gefördert. Kontakttage werden eingeführt, um den Eltern Einblick in die schulische Tätigkeit ihrer Kinder vermitteln zu können. Die Unterstützung bei Adoptionen wird stark angehoben.

Alle Schüler haben ein Recht auf die notwendige Hilfestellung zur Erreichung der schulischen Ziele. Alle Schulen sollen eine hohe und gleichmäßige Qualität bieten. Die staatlichen Subventionen für Schulen werden um fünf Milliarden Kronen angehoben. Diese Erhöhung erfolgt schrittweise über einen Zeitraum von fünf Jahren. Dadurch können etwa 15.000 Erwachsene zusätzlich an den Schulen tätig werden. Mehr Lehrer mit Ausrichtung auf spezialpädagogische Fragen werden ausgebildet, und mehr Lehrer erhalten Fortbildungsmöglichkeiten zur Anhebung ihrer Qualifikation. Bei sämtlichen Programmen der Gymnasialschule wird die Zahl der Unterrichtsstunden angehoben.

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen soll befolgt werden. Die Stellung des Kinderombudsmannes wird gestärkt.

Mit einer modernen, auf Gleichstellung beruhenden und flexibel gestalteten Familienpolitik wächst die Möglichkeit der Menschen, ihre Entscheidungen über Arbeit und Zukunft, ausgehend von den Bedürfnissen der Kinder und Familien, zu treffen. Im Lichte der historisch niedrigen Geburtenzahlen können weitere familienpolitische Maßnahmen notwendig werden.

Schweden ist und bleibt das kinderfreundlichste Land der Welt.

- **Die Berufsunfallversicherung soll reformiert werden.** Menschen, die am Arbeitsplatz einen Unfall erleiden oder erkranken, haben das Recht auf eine angemessene Prüfung ihrer Verletzung; die Leistungen müssen besser an die Einkommensentwicklung angepasst werden.
- **Die Abschwächung der Arbeitslosenversicherung muss aufhören.** Am Grundsatz des Einkommensverlusts muss festgehalten werden. Die Höchstgrenze bei der Arbeitslosenversicherung wird angehoben. Die Erhöhung erfolgt in zwei Stufen: am 1. Juli 2001, bzw. am 1. Januar 2002.
- **Die Arbeitszeit wird verkürzt.** Schrittweise sollten mehr Urlaubstage eingeführt werden. Der Einfluss der Lohn- und Gehaltsempfänger auf die Wahl des Urlaubszeitpunkts sollte zunehmen.
- **Die berufliche Qualifikation muss weiterentwickelt werden.** Ein System zur individuellen Anhebung des Bildungs- und Wissensstands für Arbeitnehmer wird ausgearbeitet.

- **Die Gesundheit der Zähne darf nicht erneut eine Frage der Klassenzugehörigkeit werden.** Für die zahnärztliche Behandlung werden deshalb 500 Millionen Kronen für einen Zeitraum von drei Jahren bereit gestellt. Der Schutz gegen hohe Kosten bei der Zahnbehandlung muss insbesondere bei den älteren Mitbürgern stärker ausgebaut werden.
- **Ganz Schweden soll lebensfähig sein.** Straßen und Eisenbahnen sollen landesweit auf den neuesten Stand gebracht werden. Neue Investitionen werden getätigt. Ein übergreifendes Programm zur Modernisierung der schwedischen Infrastruktur wird ausgearbeitet und sowohl bei den regionalen als auch lokalen Interessensgruppen verankert. Eine moderne und zukunftsorientierte Regionalpolitik wird vorgestellt.
- **Die Gewerkschaftsbeiträge werden mit den Abgaben für die Arbeitgeberorganisationen gleichgestellt.** Das Abzugsrecht wird eingeführt.

Nur mit politischer Entschlossenheit kann eine gerechte Verteilung des wachsenden Wohlstands erfolgen. Die Entbehrungen der Lohn- und Gehaltsempfänger in den zurückliegenden schwierigen Jahren sollen nicht in den vor uns liegenden guten Jahren zur Finanzierung von Steuersenkungen bei den Spitzenverdienern verwendet werden.

* * *

Morgen wird dem Reichstag der Haushaltsentwurf für das Jahr 2001 vorgelegt. Dieser Haushalt ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Regierung mit der Umweltpartei und der Linkspartei.

Der Haushalt ist ein starkes Reformpaket für mehr Gerechtigkeit und eine fortgesetzte gute wirtschaftliche Entwicklung.

Die Wohlfahrt soll verbessert werden und die Gerechtigkeit zunehmen.

Die Ressourcen der Kommunen und Provinziallandtage steigen gegenwärtig durch höhere staatliche Zuschüsse und Steuereinnahmen erheblich an. Dies führt zu einer langfristigen Sicherung der Qualität bei Pflege, Schule und Fürsorge.

Ärztliche Grundversorgung, Psychiatrie und Altenpflege sollen besser werden. Die medizinische Qualität bei der Betreuung von älteren Menschen wird angehoben, der Wissensstand in der ärztlichen Grundversorgung gestärkt. Mehr Ärzte und Krankenschwestern werden ausgebildet.

Schweden soll für Menschen mit Behinderungen leichter zugänglich werden. Eine Perspektive zur Berücksichtigung der Behinderten soll sich durch alle Bereiche der Behörden ziehen. Behinderte, die 65 Jahre und älter sind, dürfen ihre persönliche Hilfe behalten.

Die finanzielle Lage der Rentner mit geringfügiger Rente soll durch eine weitere Anhebung des Wohngelds und durch Steuersenkungen beim Wohnen verbessert werden. Die Gebühren bei der Altenpflege sollen übersichtlich und angemessen sein. Für die Rentner mit niedrigem Einkommen muss nach Zahlung der Gebühren für die Altenpflege genügend zum Leben übrig bleiben.

Die Rentenreform soll zu Ende geführt werden. Schweden wird für die Zukunft mit einer tragfähigen Altersrentenversicherung gerüstet sein. Eine breite Informationskampagne soll die Kenntnisse über das neue Rentensystem verbessern.

Weitere Schritte zur Entschädigung aufgrund der so genannten Eigenabgaben werden unternommen. Der Steuerfreibetrag wird zur Stärkung der

Privathaushalte von Arbeitnehmern und Rentnern mit allgemeiner Zusatzrente angehoben. Die Steuergrenze wird so angepasst, dass weniger Arbeitnehmer staatliche Steuern entrichten müssen.

Die Kriminalität soll ebenso wie ihre Ursachen bekämpft werden. Dem Rechtswesen werden erheblich mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Die Polizeistärke wird ausgebaut, die Bereitschaft der Polizei zur Vorbeugung und Aufklärung von Verbrechen soll angehoben werden.

Wir wollen mehr und bessere Arbeitsplätze. Die Bereitschaft der Bevölkerung zu arbeiten, ist der größte Reichtum der Nation. Die Zielvorgabe einer vierprozentigen offenen Arbeitslosigkeit könnte im Laufe dieses Jahres erreicht werden. Jetzt konzentriert sich die Politik auf die Vollbeschäftigung. Alle, die wollen, sollen eine Arbeit erhalten können.

Die Umstellung der Arbeitsmarktpolitik wird fortgesetzt. Die schnelle Besetzung von offenen Stellen und Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose werden vorrangig behandelt. Die Aktivitätsgarantie wird erweitert. Weitere Ressourcen werden darauf verwendet, ausländischen Mitbürgern und Behinderten bei der Suche nach einer Arbeit behilflich zu sein. Die Maßnahmen zur Verbesserung und Vereinfachung von Vorschriften für die Unternehmensführung werden fortgesetzt.

Jede Form von Diskriminierung hat in einer anständigen Gesellschaft keinen Platz. Soll sich die Gesellschaft weiter entwickeln, müssen alle daran teilhaben können – ungeachtet des Geschlechts, der sexuellen Veranlagung, des ethnischen oder kulturellen Hintergrunds. Schweden soll seine Stärke aus der Vielfalt schöpfen.

Das Gleichstellungsgesetz wird zur Erfüllung der Zielvorgabe gleicher Lohn für gleiche Arbeit stringenter abgefasst. Eine Gleichstellungsperspektive zieht sich durch alle Bereiche der Regierungspolitik.

Der Einfluss des Arbeitnehmers auf seine Arbeit muss gestärkt werden. Arbeitsbedingte Erkrankungen müssen zurück gehen. Ein Aktionsprogramm zur Erneuerung der Arbeitswelt wird vorgelegt. Für die Tätigkeit im Rahmen der Arbeitsumwelt werden weitere Mittel bereit gestellt.

Die Sozialpartner tragen eine große Verantwortung für die Durchführung einer Lohn- und Gehaltsbildung als Beitrag zu einem weiteren Anstieg der realen Löhne und Gehälter, zu einer niedrigen Inflationsrate und zu starker Wettbewerbsfähigkeit.

Wissen und Forschung für nachhaltige Entwicklung. Eine über mehrere Jahre reichende Bündelung der Kräfte in der schwedischen Forschung soll eingeleitet werden. Ziel ist, die Anzahl der Forscher mit einem Abschluss innerhalb der nächsten zehn Jahre wesentlich anzuheben. Knapp 1,3 Milliarden Kronen sind bis zum Jahre 2003 für die Grundlagenforschung und Forscherausbildung vorgesehen. Besondere Maßnahmen gelten jungen Forschern. Die Zahl der Frauen in der Forschung soll ansteigen.

Naturwissenschaften und Technik werden weiterhin schwerpunktmäßig gefördert. Gleichzeitig werden der Forschung und Lehre in Sozial- und Geisteswissenschaften zusätzliche Ressourcen zugeführt. Universitäten und Hochschulen erhalten die Möglichkeit, etwa 200 neue Ausbildungsplätze im Design-Bereich zu schaffen.

Die Biotechnik ist ein rasch wachsender Sektor. Die schwedische Forschung nimmt weltweit eine vorrangige Stelle ein. Viele herausragende Kommunikationsunternehmen haben sich in unserem Land angesiedelt. Eine große Forschungsoffensive wird eingeleitet, ein Forschungsforum zur Führung eines offenen, und von breiten Teilen der Gesellschaft getragenen Dialogs über ethische Fragen in der biotechnischen Forschung geschaffen.

Der landesweite Ausbau der Hochschulen wird fortgesetzt. Unser Ziel ist, dass die Hälfte der Jugendlichen im Alter von 25 Jahren ein Hochschulstudium aufgenommen hat. Der Fernunterricht wird ausgebaut. Die Rekrutierung wird erweitert. Die soziale und ethnische Vielfalt an den Hochschulen soll zunehmen. Die Kommunen müssen ihren Teil der Verantwortung tragen und für notwendige Studentenunterkünfte sorgen. Die Initiative zur Anhebung des Bildungs- und Wissensstands wird fortgesetzt.

Schweden soll seine Stellung als führende IT-Nation beibehalten. Zum Jahreswechsel werden Steuererleichterungen für diejenigen Haushalte und Unternehmen in Schweden eingeführt, die in das Breitband investieren. Wettbewerb und niedrige Preise werden gefördert. Die Entwicklung des elektronischen Handels soll stimuliert werden. Die Maßnahmen zum weiteren Ausbau von IT an den Schulen werden fortgesetzt.

Die großen Umweltbedrohungen sollen bis zur nächsten Generation beseitigt sein. Die fünfzehn aufgestellten Umweltziele werden präzisiert, neue Maßnahmen vorgelegt. Gemeinsam mit der freien Wirtschaft will die Regierung die Nutzung umweltfreundlicher Techniken in den Unternehmen anregen und fördern. Alle öffentlichen Ausschreibungen sollen Anforderungen zum Umweltschutz enthalten. Eine weiterhin grün geprägte Umschichtung der Steuern begünstigt Beschäftigung und Umwelt gleichermaßen. Der zweite Reaktor von Barsebäck wird dann stillgelegt, wenn die vom Reichstag aufgestellten Bedingungen erfüllt sind.

Die positive Entwicklung soll das ganze Land umfassen. Dem Bevölkerungsrückgang in den dünnbesiedelten Gebieten wird entgegengewirkt. Die Arbeit mit den regionalen Wachstumsverträgen wird fortgesetzt. 2001 wird eine befristete Umstellungsbeihilfe für stark betroffene Provinziallandtage eingeführt. Kommunen mit besonders großen Problemen erhalten weiterhin über die Delegation der Kommunen Unterstützung.

Der Wohnungsbau soll zunehmen. Der Bestand der gemeinnützigen Wohnungen soll erhalten bleiben, das Mietrecht erweitert werden. Für Mietshäuser werden die staatlichen Grundsteuern erheblich gesenkt. Dem zunehmenden Wohnungsmangel und der Segregation in den Ballungsgebieten muss entgegengewirkt werden. Im Großraum von Stockholm wird auf dem ehemaligen Flugplatzgelände von Tullinge ein neuer, moderner Stadtteil mit Wohnungen und Arbeitsplätzen entstehen. Ein besonderes Gremium wird sich mit den Verbesserungen der Kommunikationen im Großraum Stockholm und in der angrenzenden Region des Mälarsees befassen.

Schwedens Landwirtschaft ist modern, an die Anforderungen des Umweltschutzes angepasst und tierfreundlich. Die Wettbewerbsstärke der schwedischen Nahrungsmittelproduktion wird behauptet. Die so genannten Steuern für Düngemittel werden in geeigneter Form der Landwirtschaft wieder zugeführt. Im Laufe des Sitzungsjahres wird diesbezüglich ein Entwurf vorgelegt werden.

* * *

Frau Präsidentin!

Schweden hat eine vielfältige Kultur. Wir wollen sie bewahren und stolz darauf sein.

Die Bedingungen für Künstler sollen verbessert werden. Mehr freiberufliche Schauspieler erhalten mit dem Schauspielerpool "TeaterAlliansen" einen verbesserten Versorgungsschutz. Der Zugang zu Bibliotheken und Museen muss ausgebaut werden. Die von den kulturellen Einrichtungen zu tragenden Kosten für die Räumlichkeiten werden einer Überprüfung unterzogen.

In unserem multikulturellen Land bildet die schwedische Sprache einen entscheidenden Faktor für die Freiheit und Lebenswahl der Menschen. Die Kultur kann ein Sprungbrett für die sprachliche Entwicklung darstellen. Dies gilt vor allem für das Buch und das Lesen.

Die Verantwortung dafür, dass bei Kindern die Lust zum Lesen geweckt wird, tragen wir alle gemeinsam – Eltern, Schulpersonal und andere Erwachsene. Wir müssen uns die Zeit nehmen und uns in die Fantasiewelt der Kinder begeben, wir müssen uns verzaubern und in Erstaunen versetzen lassen, und wir müssen für eine Weile die Welt aus der Perspektive des anderen sehen.

Tsatsiki, Sune, Fredda 8 Jahre und weitere, den Kinderbüchern entsprungene Persönlichkeiten sind wichtig. Sie bringen Gefühle, Gedanken und Erlebnisse zum Ausdruck, in denen sich alle Kinder wieder erkennen können – und neue Worte, die ausprobiert werden wollen.

Auf diese Weise können wir uns selbst in anderen erkennen. Auf diese Weise können wir zu mehr Toleranz und Verständnis unter den Menschen beitragen, was für die Demokratie so wichtig ist.

* * *

Frau Präsidentin!

Schweden darf niemals wieder unter den Druck geraten, der einer Politik durch wachsende Haushaltsdefizite aufgezwungen wird.

Die aus den Krisenjahren gelernte Lektion ist bitter. Doch vielleicht wissen wir auch den schwedischen Wohlfahrtsstaat jetzt besser zu schätzen, den wir früher häufig für selbstverständlich hielten.

Lassen Sie uns die Kraft des geborgenen und freien Menschen zur Verwirklichung seiner Ideen und Träume nutzen, damit die Entwicklung vorangetrieben wird.

Lassen Sie uns am schwedischen Volksheim weiterbauen, das seine Kraft aus dem Zusammenhalt und der Bereitschaft der Menschen schöpft, solidarisch im Umgang miteinander und mit den nächsten Generationen zu sein.

Lassen Sie uns diese Sitzungsperiode nicht nur zum Ausgangspunkt für die politische Arbeit in einem neuen Jahrtausend machen, sondern auch zum Ausgangspunkt für eine neue Epoche der politischen Reformen.